

## Der Schmerz auf der linken Seite

Nur etwa zehn Jahre ist es her, dass 12 von 15 EU-Ländern von Sozialdemokraten regiert wurden; heute ist die Linke nur noch in 7 von 27 Staaten der neuen Union an der Macht. Erst kürzlich erlitten die Sozialdemokraten in Schweden eine spektakuläre Wahlniederlage, in einem Land also, das jahrzehntelang als eine Stütze und als Stolz der europäischen Linken gegolten hatte. Selbst die schwere Wirtschaftskrise, die dem Anschein nach die Praxis des liberalen Kapitalismus in Frage gestellt und kompromittiert hat, vermochte das Ansehen der Eurolinken nicht zu verbessern.

### **Was ist mit der Sozialdemokratie passiert, welche Fehler hat sie begangen, auf was für ein Programm sollte sie sich heute konzentrieren, um zurück an die Macht zu kommen?**

Um diese Fragen drehte sich eine äußerst interessante Debatte im Rahmen der internationalen Konferenz „Neue Antworten finden – Europäische Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert“, welche am 28. September von der Redaktion der POLITYKA und der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung veranstaltet wurde (unsere Wochenzeitschrift plant ähnliche Debatten mit anderen europäischen „politischen Familien“).

Eingeleitet wurde die Diskussion durch Aleksander Kwaśniewski und Martin Schulz, Vorsitzender der Sozialistischen Gruppe im Europäischen Parlament, der 2012 von Jerzy Buzek die Funktion des Parlamentspräsidenten übernehmen wird. An drei Podiumsdiskussionen, geleitet von Jacek Żakowski, Edwin Bendyk und Adam Krzemiński, nahmen prominente Vertreter der sozialdemokratischen Parteien aus Deutschland, Tschechien, der Slowakei und Polen teil sowie Abgeordnete, Mitglieder des Europäischen Parlaments, Vorsitzende von Parlamentsfraktionen und Politikwissenschaftler. Im Redaktionssitz der POLITYKA fand sich dabei fast die gesamte Spitze der polnischen Linken ein: Grzegorz Napieralski, Bartosz Arłukowicz, Leszek Miller, Józef Oleksy, Marek Borowski, Marek Balicki, Danuta Waniek, Tadeusz Iwiński, Jerzy Wiatr, Barbara Labuda, Wojciech Filemonowicz und viele andere.

**Aleksander Kwaśniewski verwies darauf, dass nicht nur die Sozialdemokratie eine Identitätskrise erlebe;** in ganz Europa hätten wir es mit einer Krise des Parteiensystems zu tun. Politische Konstruktionen aus dem 20. Jahrhundert hätten Kontur verloren, sich im politischen Schmelztiegel miteinander vermischt und sich im Hinblick auf Programme und insbesondere auf die Handlungspraxis einander angenähert. Wenn die Linke Anfang des 21. Jahrhunderts ein besonderes Charakteristikum besitzen soll, so sei es die Betonung der nachhaltigen Entwicklung auch im globalen Maßstab, der weltanschaulichen Neutralität des Staates sowie der Integration verschiedener sozialer Minderheitengruppen. Martin Schulz rief die Linke aller Länder zur Einigung und zum Mut zur Kritik des heutigen Modells des Kapitalismus auf.

Prof. Peter Lösche von der Universität Göttingen zitierte den Spruch: „Auch die Zukunft ist nicht mehr das, was sie einmal war“; viele traditionelle Forderungen der Sozialdemokratie seien in den europäischen Wohlstandsgesellschaften bereits einfach erfüllt (darüber sprach ausführlicher Marek Borowski) oder von den rechten Parteien übernommen worden, so dass man heute nach einer neuen Vision suchen müsse.

Seine Vision des sozialdemokratischen Programms präsentierte Grzegorz Napieralski: Es sei die Angleichung des Zugangs (und nicht nur der Zugangschancen) zu Bildung und Arbeit sowie die Einführung der Charta der Grundrechte und der bewährten gesellschaftlichen

Innovationen in den neuen EU-Ländern. Bartosz Arlukowicz stellte die Ideen vieler linker Politiker in Frage, dass man sich vor allem auf verschiedene sozial ausgegrenzte oder benachteiligte Gruppen konzentrieren solle, „weil die Benachteiligten heute Nischengruppen sind“ und gab zu bedenken, dass die Sozialdemokratie sich stattdessen an die ganze Bevölkerung wenden und die Vision einer besseren Lebensqualität bieten müsse, die dem Druck der Produktivität und des ständigen Wachstums des BIP nicht untergeordnet wäre.

Marek Borowski bemerkte unter Berufung auf soziologische Untersuchungen, dass die Menschen heutzutage ein Problem mit der Bestimmung eigener Ansichten und ihrer Platzierung im Schema Links-Mitte-Rechts hätten. Das Vertrauen zu den Spitzenpolitikern und die Glaubwürdigkeit der Parteien seien bisweilen wichtiger als das Programm und die Sozialdemokratie habe dieses Vertrauen bereits mehrmals enttäuscht. Der Bundestagsabgeordnete Dietmar Nietan fügte hinzu, dass man die Glaubwürdigkeit wiedergewinnen könne, indem man sich auf die verratenen Prinzipien der Linken besinne. So müsse dort, wo der Markt ein allzu grobes Instrument ist, der Staat eingreifen und gleichberechtigten Zugang zu Daseinsvorsorge, Gesundheitsschutz, Bildung, öffentlichem Personenverkehr oder Behindertenschutz, gewährleisten.

**Einige Diskutanten verwiesen auf die Notwendigkeit, das heute gefährdete „europäische Sozialmodell“ zu verteidigen** und die Demokratie in der EU zu stärken (darüber sprach u. a. der Vizepräsident des Europäischen Parlaments Dr. Libor Rouček aus Tschechien). Von europäischen Sozialisten sollten Impulse zur Schaffung eines föderativen Systems auf unserem Kontinent ausgehen.

Die Teilnehmer der mehrstündigen Debatte bezeichneten sich selbst oft als Optimisten oder Pessimisten im Hinblick auf die politische Zukunft der Sozialdemokratie. In der letzten Podiumsdiskussion versuchte der spanische Politikwissenschaftler Dr. Antonio Estella (der immer wieder nach Erfolgen und Niederlagen des Ministerpräsidenten Zapatero, des Idols der radikalen europäischen Linken, gefragt wurde) diese Positionen in Einklang zu bringen. Nach Dr. Estellas Meinung sei der europäische Ideenmarkt heute arm und alle klauten einander die Ware; ebenso eng sei der Handlungsspielraum für Politiker, die in jedem Land ähnliche Sorgen hätten: Wirtschaftskrise, Haushaltsdefizite, Arbeitslosigkeit. Wenn die Krise zu Ende sei, würden ermüdete Gesellschaften den Sozialdemokraten wieder die Chance geben, an die Macht zurückzukehren. (JB)